nicht zulassen. Aber als Sammlungspunkt, Ausdruck und Verstärkung der öffentlichen Meinung würde es immerhin seinen großen Nutzen haben. Eben so könnte es zu einem engern Zusammenwirken der Mittelstaaten führen.

Referent: An Bemühungen der Deputation, ein Einverständniß über den Parlamentsantrag mit der Zweiten Kammer herbeizuführen, hat es nicht gefehlt; nur wenn man Specialitäten gar nicht darin berührt, läßt sich auf Uebereinstimmung hoffen. Wenn die Erwartung, daß ein Parlament den Frieden erhalten könne, noch berechtigt sein mochte, als der Bericht der Zweiten Kammer vorlag, und deshalb der Wunsch sich erklären ließ; die Verhandlungen über ein Wahlgesetz durch Berufung auf ein schon fertiges zu umgehen, so ist es jetzt klar, daß kaum noch Zeit zur Einberufung des Parlaments vor dem Kriege, wenn solcher aus der jetzigen Krisis einmal hervorgeht, sein würde, geschweige denn, daß das Parlament den Frieden erhalten könnte. Dieser Gesichtspunkt fällt daher fort, und man muß daher so gerecht sein, jetzt keiner Parteistellung nachzugeben, vielmehr für die Regierung freie Hand behalten.

Abg. Rittner: Er wolle nur bestätigen, was der Vorredner über die Bemühungen der Deputation, ein Einverständniß mit der Zweiten Kammer herbeizuführen, gesagt habe.

Staatsminister v. Beust ergriff hierauf das Wort und äußerte sich wie folgt:

„Bevor ich zu einigen Worten schreite, welche sich in Bezug auf den zweiten Theil des Berichtes im Namen der Regierung hier zu sagen Veranlassung habe, kann ich nicht unbemerkt lassen, daß ich in Bezug auf die Auffassung des ersten geehrten Redners mich, selbstverständlich, den Anordnungen des hohen Präsidiums, beziehentlich der hohen Kammer, zu fügen habe; obschon ich außerdem, wie ich es nicht läugnen kann, auf einen von ihm in Bezug genommenen Vorgang der hohen Kammer manches zu sagen haben würde.

„Ich glaube in Bezug auf seine Aeußerung nur einen Punkt beantworten zu dürfen, weil dieser sich nicht blos auf den ersten, sondern auch auf den zweiten Theil des Berichtes beziehen kann.

„Ich muß nämlich hervorheben, daß — wie dies auch in einigen öffentlichen Blättern geschehen ist — die Ansicht hervorzutreten schien, als seien durch die Erklärung der Regierung in der jenseitigen Kammer der Standpunkt der Regierung, ihr ganzes Verhalten, ihre ganze Vergangenheit erst klar geworden.

„Man mag das immerhin nicht eine Wandlung der Regierungspolitik nennen, sondern eine erst mit einem Male eingetretene Aufklärung; allein wenn wirklich Diejenigen, welche dies behaupten, aufrichtig sind, so müssen sie wenig Sorgfalt darauf verwendet haben, sich bisher mit allen Erklärungen und Kundgebungen der Regierung vertraut zu machen, ebensowohl gilt dies in Bezug auf das im ersten Theile des Berichtes Berührte, als in Bezug auf die Frage, welche dem zweiten Theile des Berichtes angehört. Wer aufmerksam die sächsischen, der Oeffentlichkeit übergebenen Erlasse gelesen hat, und insbesondere die Depesche, welche an den königl. Gesandten in Berlin unter dem 29. April erging, wer mit Aufmerksamkeit die Abstimmung der sächsischen Regierung über den preußischen Reformantrag gelesen hat, der wird sehr bald sich davon überzeugen, daß in den Erklärungen, die wir jetzt in der jenseitigen Kammer abgegeben haben, sich durchaus nichts Neues findet, und wenigstens nicht Etwas, was sich nicht eng anschlösse und sich folgern ließe aus Dem, was bisher von der Regierung öffentlich gesagt worden ist.

„Was nun den zweiten Theil des Berichtes der geehrten Deputation betrifft, so hätte die Regierung allerdings lebhaft gewünscht, daß beide hohe Kammern in demselben Antrage sich vereinigen möchten. Die Regierung kann hierauf keinen bestimmenden Einfluß üben, sie kann von Dem, was sie in der jenseitigen Kammer und was sie in der Deputation der jenseitigen Kammer erklärt hat, irgend Etwas nicht zurücknehmen, sie kann sich aber nur aufrichtig darüber freuen, daß der Bericht der zweiten Deputation der Ersten Kammer und der von ihr empfohlene Antrag deutlich bekundet, daß auch diese hohe Kammer die Herbeiführung der Einberufung einer deutschen Nationalvertretung oder eines Parlaments — auf das Wort kommt es hier nicht an — ernstlich will. Dies ist der Regierung umsomehr erwünscht, als sie ihrerseits gern Veranlassung nimmt, bei dieser Gelegenheit recht bestimmt es auszusprechen, daß diejenige Voraussetzung eine durchaus unbegründete ist, welche davon ausgeht, die Regierung und mehrere Regierungen Deutschlands behandelten diese Frage als ein politisches Spiel, auf welches man eingehe, entweder um einen Schachzug zu thun, oder weil man von äußern Verhältnissen dazu gedrängt werde. Diese Voraussetzung muß und darf die sächsische Regierung entschieden zurückwerfen, denn sie ist in dem Falle, darauf zurückzukommen, daß sie mehrmals und zu Zeiten, wo eben jene Vermuthungen gar nicht zutreffen konnten, aus ganz freien Stücken auf die Lösung der deutschen Frage in diesem Sinne ihr Augenmerk gerichtet hat. Die Regierung hat sich dabei namentlich durch zwei Betrachtungen leiten lassen, welche sie bei der Lösung der deutschen Frage für sehr entscheidend hält, ohne behaupten zu wollen, daß sie damit dieses wichtige und weitgreifende Thema irgendwie erschöpft hat. Einmal hat sie schon längst erkannt, daß der wesentlichste Grund unserer Uebelstände und Unzuträglichkeiten in Deutschland und im Deutschen Bunde darin liegt, daß zwischen der Bundesverfassung und den Landesverfassungen keine Harmonie besteht, denn die eine beruht auf dem absoluten System, die andern auf constitutioneller Basis. So lange diese Verschiedenheit zwischen Beiden besteht, können beide wohl neben einander gehen, im glücklichsten Falle ohne gegenseitig in einander zu greifen und sich gegenseitig zu lähmen.

„Der schlimmere Fall, der schon vielfach eingetreten ist und der zuletzt der Hauptgrund der ganzen Verstimmung geworden ist, ist eben der, daß die eine in die andere gewaltsam eingreift und hiermit Verwirrung angerichtet wird. Diesen Standpunkt hat die sächsische Regierung nicht erst jetzt eingenommen, sie hat, wenn man sich die Mühe nehmen will, jene Verhandlungen nachzulesen, diese Ansicht in einer Zeit ausgesprochen, die man entschieden für eine reactionäre erklärt hat. Ich habe sie ausgesprochen bei dem ersten Zusammentritt der Stände, gegen das Ende des Jahres 1850, und derselbe Gedanke lag hauptsächlich der Arbeit zu Grunde, die ich persönlich der Dresdner Ministerconferenz vorlegte und welche der Bericht der geehrten Deputation erwähnt, mit dem Zusatze, daß es allerdings ein schüchterner Versuch gewesen sei. Das Wort „schüchtern“ hat eine subjective und objective Bedeutung. Subjectiv glaube ich es nicht acceptiren zu dürfen, objectiv, ja, insofern man sich bei einer Ansprache mehr oder weniger nach Dem zu richten hat, den man anredet, und es war damals nicht möglich, weniger schüchtern zu sprechen, als es geschehen ist.

„Eine andere Betrachtung aber, die für die sächsische Regierung Veranlassung gewesen ist, daß sie in der Ueberzeugung der Nothwendigkeit einer Nationalvertretung mehr und mehr bestärkt wurde, ist die, daß wiederum und vorzüglich der Grund der zeitweiligen Störung unserer so gedeihlichen und gesegneten Zustände in Deutschland in der Sonderpolitik einzelner deutscher Staaten liegt. Ich glaube nicht nöthig zu haben, darauf hinzuweisen, daß von den Mittel- und Kleinstaaten nicht die Rede ist, denn, was man auch sagen und denken möge, ich kann mit voller Ueberzeugung versichern, daß in Bezug auf diese Staaten eine Sonderpolitik im größern Maßstabe in das Gebiet der Phantasiestücke gehört. Es kann sich also nur handeln um unsere beiden Großmächte, und da können wir wohl nicht läugnen, daß die bei verschiedenen Gelegenheiten in den letzten 15 Jahren gemachten Erfahrungen es nur zu sehr hervortreten lassen, wie diese Sonderpolitik, die ganz auf eigene Hand getrieben werden konnte, ein wesentlicher Grund zu den ungünstigen und gestörten Zuständen in Deutschland selbst ist. Es ist daher kein unbilliges Verlangen, daß diese beiden Mächte bei ihrer politischen Action, wenn sie, wie ihr Interesse und ihr Beruf ist, ihre Hauptstütze und ihre Hauptkraft in Deutschland suchen, sie auch Fühlung mit Deutschland nehmen sollten und doch erst sich Dessen versichern, was Deutschland haben will und was sie von Deutschland zu erwarten haben. Dieses Verlangen entspricht nicht allein unsern Bedürfnissen, ich glaube, es entspricht namentlich auch den eigenen Interessen dieser beiden Mächte. Es ist nicht, glaube ich, zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß Oesterreich, wenn es genöthigt gewesen wäre, im orientalischen Kriege diese Fühlung zu nehmen, aus diesem Kriege mehr süße Früchte gehabt hätte, daß, wenn es dies vor dem italienischen Kriege gethan hätte, es weniger bittere Früchte aus diesem geerntet haben würde. Bei dem schleswig-holsteinschen Kriege wird wohl Niemand darüber in Zweifel sein, daß sowohl Oesterreich als Preußen, als ganz Deutschland sich besser dabei befänden, wenn dies vorher hätte geschehen müssen. Die Bundesversammlung — man muß darüber sich nicht wundern und darüber auch keine unberechtigten Klagen erheben — die Bundesversammlung kann dieses Bedürfniß nicht erfüllen, selbst nicht bei gutem Willen, und zwar deshalb nicht, weil — es sei mir erlaubt, recht offen und aufrichtig zu reden, — weil selbst dann, wenn sie einmal in ganz entschiedener, volksthümlicher Weise ihre Schuldigkeit thut, sie zuletzt nicht von der öffentlichen Meinung und von der Presse gestützt und gehalten wird. Bei dem schleswig-holsteinischen Kriege hat die Bundesversammlung mit entschiedener Majorität sich gegen die Art und Weise ausgesprochen, wie beide Mächte die Sache in die Hand nahmen und den Krieg engagirten. Die Majorität wurde damals hoch gelobt und gefeiert, aber kein Jahr war vergangen und nur Worte des Bedauerns und des Mitleids wurden laut. Das Alles giebt nicht einen Anspruch, die Rolle zu spielen, die einer wirklichen Vertretung der Nation vorbehalten bleiben soll und muß. Hier kann nur eine wirkliche Nationalvertretung helfen, welche durch ihre Aussprüche eine gewisse moralische Geltung beanspruchen kann. Diese Erfahrung hat also die Regierung längst in der Ueberzeugung bestärkt, daß in dieser Beziehung vorgegangen werden muß und ohne sich zu sehr bei Einzelnheiten und bei den verschiedenen Projecten aufzuhalten. Wie sehr die Regierung auf diese Sache zugekommen ist, ohne deshalb etwa durch politische Calculs oder äußere Umstände genöthigt zu werden, das erlaube ich mir damit nachzuweisen, daß beispielsweise bereits im Jahre 1861, wo diese Voraussetzung überhaupt nicht vorlag, die Regierung wiederum, zwar etwas weniger schüchtern, aber doch immer noch etwas zurückhaltend, mit einem Projecte vortrat, und daß sie sich später den Bestrebungen der Frankfurter Fürstenconferenz eifrig anschloß. Aber ich erlaube mir noch an Eins zu erinnern, was durch die Zeitungen bekannt geworden ist und womit ich also keine Indiscretion begehe, wenn ich daran erinnere. Als die Londoner Conferenz beendet war, habe ich damals einen Schlußbericht an die Bundesversammlung erstattet; in diesem Schlußberichte kamen zwei Dinge vor, die mir großes Mißfallen in Wien und Berlin zugezogen haben. Die eine Stelle erinnert daran, daß die Aufgabe auf der Conferenz deswegen sehr schwierig geworden sei, weil der Krieg, um dessen Beilegung es sich handelte, nicht vom Standpunkte des Rechtes unternommen war; die andere Stelle war die, wo ich hervorgehoben hatte, daß der Bundesbevollmächtigte noch viel entschiedener hätte auftreten können, wenn ein deutsches Parlament vorhanden gewesen wäre, vor dem er seine Handlungen entweder rechtfertigen, oder gerechtfertigt hätte wissen können. Ich erinnerte dabei daran, daß es Zeit sei, damit vorzugehen, indem ich auch daran erinnerte, daß sowohl Oesterreich das Jahr vorher eine Nationalvertretung vorgeschlagen, als Preußen in seiner Erwiderung dasselbe gethan habe, indem schon damals, wie ich anerkenne, die preußische Regierung darauf zugekommen war, daß, wenn ein Parlament einberufen würde, dies nach allgemeinen, directen Wahlen zu geschehen haben werde. Es ist vielleicht nicht uninteressant, heute einige Mittheilungen aus unserer damaligen Correspondenz hier zu geben. Es wurde nämlich mir von Wien aus nur indirect darüber eine gewisse Unzufriedenheit zu erkennen gegeben. Directer geschah es von Berlin aus, und ich will mir erlauben, eine kurze Stelle aus diesem Schriftenwechsel vorzutragen, nicht etwa, weil ich damit etwas Pikantes liefern wollte, sondern weil sich daran eine Hoffnung für eine Verständigung und eine friedliche Ausgleichung der ganzen Sache knüpfen läßt. Folgendes war der Schluß der Erwiderung, welche von Berlin aus infolge meines Schlußberichtes nach Dresden ging:

„Besonders aber haben wir bedauert, am Schlusse des Berichtes Fragen zur Sprache gebracht zu sehen, welche mit der unmittelbar vorliegenden Aufgabe nicht zusammenhängen und zu deren Anregung am Bunde keine Veranlassung vorliegt. Niemandem können die Schwierigkeiten, welche die Lösung der innern Fragen des Deutschen Bundes darbietet, besser bekannt sein, als dem kgl. sächsischen Herrn Minister, und schwerlich wird irgend Jemand in diesem Augenblicke auf eine Lösung hinweisen können, welche rasch und glücklich alle diese Schwierigkeiten zu beseitigen und Preußen, Oesterreich und die übrigen Bundesfürsten gleichmäßig zu befriedigen geeignet wäre. Dank der weisen Mäßigung von Preußen und Oesterreich und ihren Gesinnungen, hat die Verschiedenheit der Auffassung in diesen Fragen der Einigkeit derselben im gemeinsamen Handeln für Deutschland keinen Eintrag gethan und wird ihr auch ferner keinen Eintrag thun. Eben diese Erfahrung hat aber auch gezeigt, wieviel wichtiger für Deutschland diese Einigkeit und Gemeinsamkeit des Handelns ist, als alle theoretischen Bestrebungen nach einer Umgestaltung von Formen und Organisationen, welche erst durch den Geist, der sie belebt, Bedeutung gewinnen können. Diesen Geist der Einigkeit zu pflegen und uns mit Oesterreich und unsern übrigen deutschen Bundesgenossen auf dem Felde des gemeinsamen Schutzes der deutschen Interessen zusammen zu finden, wie dies während der Conferenz so glücklich der Fall gewesen, ist unser Wunsch und unser Bestreben; und wir hoffen darin auf die thätige und wirksame Unterstützung des k. sächsischen Herrn Ministers zählen zu dürfen.“

„Ich habe damals in Erwiderung darauf Folgendes gesagt:

„Ich komme zum letzten Einwande, welcher den Schlußbemerkungen meines Berichts bezüglich eines deutschen Parlaments gilt. Hier bekenne ich mich eines Fehlers schuldig gemacht zu haben, indem ich in der Befürchtung, meinem ohnedies langen Berichte eine zu große Ausdehnung zu geben, mich zu aphoristisch ausgesprochen habe.

„Man würde irren und mir Unrecht thun, wollte man glauben, ich habe diese Frage in der Absicht angeregt, eine populäre Seite anzuschlagen. Jene Bemerkung, die ich während der Conferenz sehr oft im Gespräche geäußert, entsprang meiner innigen Ueberzeugung. Hatte ich früher schon die Nothwendigkeit einer Vertretung am Bunde auch und gerade für allgemeine, den Bund berührende politische Fragen erkannt, so war dies noch mehr der Fall, während ich die mir übertragene ehrenvolle Mission zu vollziehen hatte. In meinem Schlußberichte habe ich der hohen Bundesversammlung für die Freiheit, die sie mir gelassen, gleichwie für die Nachsicht, die sie mir gewährt, meinen aufrichtigen Dank dargebracht. Aber mehr als einmal habe ich es empfunden, wie trotz jener mir gelassenen Freiheit meine Verantwortung schwer auf mir lastete und meine Handlungsweise beengt war, weil mir die Aussicht benommen blieb, mich vor einem gesetzlichen Organe zu rechtfertigen, oder gerechtfertigt zu wissen, welches der Träger der öffentlichen Meinung gewesen wäre. Ich verweise dabei insbesondere auf das Stadium der Verhandlung, wo die Theilung Schleswigs in Frage war. Die Cabinete von Wien und Berlin erachteten es als eine Nothwendigkeit, darauf einzugehen. Unter gewissen Beschränkungen konnte ich mich dieser Ansicht anschließen, aber jeder Ermächtigung dazu entbehrend, konnte ich die Verantwortung für einen Schritt, gegen welchen die öffentliche Stimme sich laut erhob, nur dann übernehmen, wenn mir die Zugänglichkeit geboten war, die Nothwendigkeit desselben vor einer Gesammtvertretung zu rechtfertigen. Und wenn ich in meinem Schlußberichte diesem Gefühle Ausdruck lieh, so geschah es offenbar nicht aus Rücksicht auf meine Person, sondern mit Rücksicht auf Die, welche nach mir berufen sein würden, den Bund in ähnlichen Conjuncturen zu vertreten, wo es einmal von ernsten Folgen sein kann, wenn ein Bevollmächtigter des Bundes in den Kundgebungen der einzelnen Landesvertretungen und der Vereine wohl Aufmunterung zum Vorgehen im Sinne drängender Wünsche, aber keine Deckung für einen Entschluß zu finden vermag, den ihm wahrer und selbstständiger Patriotismus unter schwierigen Umständen eingeben kann. Daß mit einer Vertretung am Bunde zugleich die Herstellung einer Bundesgewalt in Verbindung steht, welche, mehr als es bei der Organisation der Bundesversammlung möglich ist, bestimmte und schnelle Instructionen zu ertheilen in dem Falle sein würde, ist eine Seite der Frage, die ich nicht berührt habe, die aber dem Gedanken noch mehr praktischen Werth verleiht.“

„Ich erlaube mir an diese Vorgänge deshalb zu erinnern, weil einmal daraus hervorgeht, daß schon damals ein Parlament ohne allen äußern Impuls angeregt wurde, und ich hätte es nicht thun zu dürfen geglaubt, da ich unmittelbar keinen Beruf dazu hatte, wenn ich nicht sicher war, daß mein Vorgehen bei der eigenen Regierung entschieden Beifall finden werde. Der Vorgang selbst ist aber auch deshalb von Bedeutung, weil eben in neuester Zeit schon zweimal der Fall vorgekommen ist, daß der Bund in europäischer Conferenz vertreten wird und seine Stimme abgeben muß und Fälle, wie dieser damals von mir herangezogene, können eintreten und es kann für Deutschland sehr schlimm sein, daß ein Bundesbevollmächtigter auf sich selbst angewiesen bleibt. Wer wollte wohl heute darüber in Zweifel sein, daß, wenn damals, was, ich gestehe es aufrichtig, in meiner Hand gelegen hätte, man über die Abtretung eines Theiles Nordschleswigs sich eingelassen und abgeschlossen hätte, Deutschland viel Unheil erspart wäre und daß der Verlust dieses kleinen Theiles Nordschleswigs nicht im entferntesten Verhältnisse zu Dem steht, was seitdem eingetreten ist. Aber der Bundesbevollmächtigte konnte unmöglich das übernehmen; er war das nicht blos sich, sondern dem Bunde und seiner eigenen Regierung schuldig, er konnte nicht zurückkommen und von ganz Deutschland als schuldig hingestellt werden, da kein Mittel ihm zu Gebote stand, von einer berechtigten Versammlung ein Absolutorium zu holen. Aus allen diesen Gründen hat die Regierung schon seit langer Zeit die Nothwendigkeit der Herstellung eines Parlaments erkannt und ist entschlossen, zu dessen Herstellung auch kräftig hinzuwirken, da der Moment gekommen ist, wo hierzu ohnedies verschiedene Kräfte wirken werden. Ich bitte, daß die hohe Kammer von diesem Standpunkte aus den Bestrebungen der Regierungen auch fernerhin vertraue. Die Zeit ist eine solche, wo man nicht ängstlich wählen kann, wohin man sich stellt, mit wem man verkehrt, mit wem man arbeitet. Es ist nicht möglich, die Vertretung seiner Grundsätze und Interessen auf gewisse Kreise zu bannen; man muß in weite Kreise hinaustreten und da sehen, wie man durchkommt. Deshalb braucht man seine Fahne nicht sinken zu lassen, seine Grundsätze nicht zu verläugnen, möge die hohe Kammer davon überzeugt sein.“

Hiermit schließt die Discussion. Im Schlußworte bemerkt der Referent: In der Bezeichnung, welche der Deputationsbericht der Verwendung unsrer Regierung für eine Volksvertretung auf den Dresdner Conferenzen gegeben habe, daß sie sich nämlich als „schüchterner Versuch“ gezeigt habe, habe nichts weniger als ein Tadel liegen sollen. Er wisse recht wohl, daß ein kluger Staatsmann zur rechten Zeit schüchtern, zur rechten Zeit laut auftreten müsse. Sachsen und Deutschland hätten sich wohl dabei befunden, daß Schüchternheit nicht zu den hervortretenden Eigenschaften unsers Herrn Staatsministers des Auswärtigen gehörte; daß derselbe sich durch die preußische Drohnote vom 24. April nicht habe einschüchtern lassen, dafür danke ihm das Vaterland, wenn der hochweise Rath in Leipzig sich auch dabei ausschließe! (Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung findet der Antrag der Deputation einstimmige Annahme.

Dresdner Nachrichten

vom 9. Juni.

— Von morgen (Sonntag) an sind im Locale des sächs. Kunstvereins auf der Brühl'schen Terrasse (geöffnet von 11—3 Uhr) neu ausgestellt: Männliches Porträt, Oelgemälde von R. Gratz in Königsberg; männliches Porträt, desgl. von Julius Scholtz; Aquarellgemälde von Hans Williard.

— Morgen, Sonntag, Nachmittag ½6 Uhr, wird in der Kirche zu Loschwitz zum Besten der unter der hohen Protection Ihrer königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin stehenden Sammlung für arme Familien einberufener Kriegsreservisten eine geistliche Musikaufführung unter Mitwirkung der großh. sächs. Kammersängerin Fräulein Auguste Götze und des k. Kammervirtuosen Herrn F. A. Kummer von dem Dresdner Chorgesangverein „Euterpe“ unter Leitung des Herrn C. A. Höppner gegeben werden.

† In hiesigen Gesellschaften producirt sich gegenwärtig ein junger Tiroler, Joseph Knoll aus Botzen, der Ueberraschendes in der Kunst des Ausschneidens (nicht des Aufschneidens, was heutzutage keine Kunst mehr ist) leistet. Sein einziges Werkzeug ist eine große Scheere, sein Material Seidenpapier. Mit eben solcher Sicherheit als Gewandtheit versteht er blindlings in kürzester Zeit die feinsten und complicirtesten Muster in das Papier zu schneiden, welches sich so als Tischzierde, Lampenschirme u. s. w. verwenden läßt. Wie wir hören, findet der Mann, der groß in seinem kleinen Genre ist, überall eine beifällige Aufnahme.

Provinzialnachrichten.

* Leipzig, 8. Juni. Heute Vormittag ist, laut einer telegraphisch hier eingetroffenen Meldung, in Bad Ems Herr Erdmann Polz, seit länger als 30 Jahren Besitzer und Herausgeber des „Leipziger Tageblattes“, in seinem 65. Lebensjahre gestorben.

Sächsische Bäder.

Elster, bis 5. Juni: 128 Parteien mit 169 Personen, von denen noch 145 Personen anwesend sind.
Augustusbad (b. Radeberg), bis 8. Juni: 42 Part. mit 67 Pers.
Hermannsbad (Liegau bei Radeberg), bis 7. Juni: 38 Parteien mit 70 Personen.
Königsbrunn, Wasserheilanstalt, bis 18. Mai: 28 Personen.
Marienborn (bei Kamenz), bis 8. Juni: 42 Curgäste.
Schandau, bis 7. Juni: 26 Parteien mit 71 Personen.

Bekanntmachung.

Königl. Kreis-Gericht in Rybnik. Erste Abtheilung,

Rybnik, den 23. Mai 1866, Nachmittags 4¾ Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Heinrich Mosler** in Rybnik, ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungs-Einstellung

auf den 23. Mai 1866

festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann **Benjamin Rosenthal** zu Rybnik bestellt worden.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 5. Juni 1866, Vormittags 9¼ Uhr

in unserem Geschäftslokale, vor dem Kommissarius, Kreis-Richter **Bittmann** anberaumten Termine die Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters, oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, **Nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände**

bis zum 23. Juni 1866

dem Gericht, oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit dem Vorbehalt ihrer etwanigen Rechte, ebendahin **zur Konkurs-Masse abzuliefern.** Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkurs-Gläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht

bis zum 3. Juli 1866, einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen

auf den 17. Juli 1866, Vormittags 9 Uhr

zu erscheinen.

Wer seine Anmeldungen schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte Bublatzki und Langer sowie der Justiz-Rath Wolff in Rybnik und der Rechts-Anwalt Muthwill in Loslau vorgeschlagen.

Per amerikanischen Steamer **„Columbia“**, Capitain **Barton** empfingen wir eine neue Sendung

1865r Havana-Cigarren,

darunter die beliebten **Operas Reinas Rosa** von **Pedro Roger**, welche wir unsern geehrten Abnehmern bestens empfohlen halten.

Dresden. **Adolph Ahrens & Co.,**
Seestraße Nr. 2.

P. S. Wir führen nur direct von uns importirte Cigarren und besitzen uns mit keinem anderen Fabrikat.

Augenheilanstalt v. Dr. K. Weller, sen. i. Dresden (Waisenhausstr. 8). Sprechzeit tägl. von 9—11 Uhr.

Bekanntmachung.

Das Jubiläum der Bergakademie zu Freiberg betr.

Die für den 30. Juli dieses Jahres und folgende Tage beabsichtigte Feier des 100jährigen Jubiläums der Freiberger Bergakademie soll auf Anordnung des Königlichen Finanz-Ministeriums unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen bis auf Weiteres ausgesetzt werden.

Freiberg, den 5. Juni 1866.

Für das Festcomité:
Freiherr von Beust.

Monats-Uebersicht der Weimarischen Bank.

Activa.

1)	Baarer Kassen-Bestand	Thlr.	1,447,169.
2)	Wechsel-Bestände	„	2,454,334.
3)	Ausstehende Lombard-Darlehne	„	767,210.
4)	Effekten	„	267,904.
5)	Reservirte Weimarische Bank-Aktien	„	842,900.
6)	Guthaben in laufender Rechnung und Verschiedenes	„	3,346,918.
	do. bei der Landrentenbank	„	220,822.

Von obigen Beständen befinden sich abgesondert im Banknoten-Einlösungs-Tresor:

Geprägtes Geld	Thlr.	978,000.
in Wechseln	„	1,526,550.
in Effekten	„	243,500.

Passiva.

7)	Eingezahltes Aktien-Kapital	„	5,000,000.
8)	Banknoten im Umlauf	„	2,524,000.
9)	Depositen-Kapitalien	„	1,042,510.
10)	Aktien-Dividende-Conto pro 1862 bis 1865	„	20,479.
11)	Guthaben der Staatskassen, Privatpersonen u. s. w.	„	679,115.

Weimar, den 31. Mai 1866.

Die Direktion der Weimarischen Bank.
Polte. Schlendorff.

Vom ächten
G. A. W. Meyer'schen
Brust-Syrup
befindet sich das
Haupt-Depôt
für Sachsen bei Herrn
Curt Albanus
neben dem Königl. Schloß und Ecke des Taschenberges.

Schroth'sche Kuranstalt in Dresden, Radeberger Str. 5. Anfragen franko.
Dr. med. Baumgarten.

Tageskalender.

Sonntag, den 10. Juni.

I. Hoftheater.

Lucia von Lammermoor. Oper in 3 Acten. Nach dem Italienischen des Salvatore Cammerano. Musik von Gaëtano Donizetti. Edgard: Hr. Gustav Roger, von der kaiserlichen Großen Oper in Paris, als Gast. Anfang ½7 Uhr. Ende 9 Uhr.

Montag: **Guten Abend.** Dramatischer Scherz in 1 Act, von Wilhelmine von Hillern geb. Birch. **Karl XII. auf der Heimkehr.** Militairisches Lustspiel in 4 Acten, nach dem Englischen, von Karl Töpfer. (N. e.)

Dienstag: **Die weiße Dame.** Komische Oper in 3 Acten, von Boieldieu. Georg: Hr. Gustav Roger, von der kaiserlichen Großen Oper in Paris, als letzte Gastrolle.

Zweites Theater.

Reßmüller's Sommertheater im königl. Großen Garten.

Nachmittags-Vorstellung.

Der Phlegmatikus. Lustspiel in 1 Act von Benedix. Hierauf: **Ein Stündchen auf dem Comptoir.** Posse mit Gesang in 1 Act von Siegmund Haber. Musik von Conradi. Zum Schluß: **Alles mobil, oder: Politische Lehrjungen.** Posse aus der Gegenwart mit Gesang in 1 Act von Mannstädt. Musik von Michaelis. Anfang 4 Uhr. Ende 6 Uhr.

Abend-Vorstellung:

Die lustigen Oberösterreicher, oder: Stadt und Land. Posse mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen von Friedrich Kaiser. Musik von A. Müller. Anfang 7 Uhr. Ende ½10 Uhr.

Elbhöhe: Sonnabend Mitt.: 1′ 20″ unter 0.

Temperatur der Elbe hier: 9. Juni 17,4° R.

Neueste Börsen-Nachrichten.

Leipzig, Sonnabend, 9. Juni. Königl. sächs. Staatspapiere v. 1855 3½ 80 G. do. v. 1847 4% größere 93 G.; do. v. 1852 4% größere 94½ G.; do. v. 1855 4% kleinere 94½ G.; Vorm. sächs. schles. Eisenbahn-Actien 4% 94½ G.; Landrentenbriefe 3½% 83 G. Eisenbahnactien: Albertsbahn 88 B.; Leipzig-Dresdn. 215 G.; Löbau-Zittau — B. Magdeburg-Leipz. 208 G.; thüringische 116 G. Bank- u. Creditactien: Allg. deutsche Creditanstalt 62¼ G.; sächsische Bank 87 G.; Leipziger 130¼ G.; Weimarer — G.; Wiener Bankn. 74½ G. Wechselcourse: Amsterdam 141⅛ G.; Augsburg 57⅛ G.; Bremen 109⅜ G.; Frankfurt a. M. 57⅜ G.; Hamburg 151 G. London 6,17½ G.; Paris 79½ G.; Wien k. S. 72½ G.; do. 2 Mt. 70½ G.; Louisd'or 12 G. Ausländ. Dukaten 96¼ G.

Wien, Sonnabend, 9. Juni. Nat.-Anl. 60,25; 5% Metall. 54,35; Staatsanlehen 1860er 69,90; Bankact. 640; Act. d. Creditb. 123,20; London 133,50; Münzd. 6,39. Silber-Agio 134,50.

Berlin, Sonnabend, 9. Juni. Eisenbahnactien: Bergisch-märkische 118½ G.; Berlin-anhalter 168 G.; Potsdam-Magdeburg. 168 G.; Berlin-Stettin 110 G.; Breslau-Freiburg-Schweidn. alte 107 G.; Köln-Minden 120 B.; Kosel-Oderb. 36½ G.; gal. Karl-Ludw. 57¾ G.; Mainz-Ludwigsh. 108 G.; mecklenburger 53 G.; Nordbahn Friedrich-Wilh. 49½ G.; oberschlesische Lit. A. 121½ G.; österr.-französ. 73 G.; rheinische 91½ G.; lombardische 73 G.; thüringer 116 G.; Warschau-Wien 44½ G. Staatspapiere: 5% preuß. Anl. v. 1859 91 G.; 4½% do. neue Anl. 82 G.; Staatsschuldscheine 70 G.; österr. Nationalanl. 43½ G.; do. Creditl. 49 G.; do. 1860er Loose 51½ G.; do. 1864er Loose 28 G.; do. Silberanl. 44½ G.; do. Bankn. 78⅜ G.; russ. Prämienanl. 72½ G.; russ.-poln. Schatzobligat. 55½ G.; russ. Bankn. 64½ G.; amerikaner 6% Anleihe pr. 1882 68½ G. Bank u. Creditactien: Darmstädter Creditbank 62½ G.; Dessauer Landesb. 65 B.(?); Disconto-Commandit. 78 G.; Genfer Creditb. 21½ G.; Geraer Bank 89 G.; Leipz. Creditb. 62 G.; meininger Bank 75 G.; preuß. Bank-Anth. 118 G.; österr. Creditact. 45 G.; sächs. Bank 89 G.; weimarische Bank 82½ G. Wechselcourse: Amsterdam kurz 141⅛ G.; Hamburg kurz 151⅛ G.; Hamburg lang 149⅝ G.; London 3 Mt. 6,18½ G.; Paris 2 Mt. 79⅞ G.; Wien 2 Mt. 71½ G.; Frankfurt 2 Mt. 57,04 G.; St. Petersburg kurz 71½ G.; Bremen 8 Tage 109½ G.

Liverpool, Freitag, 8. Juni (via Haag). 10,000 Ballen Umsatz. Bessere Stimmung. Orleans 14, Georgia 13½, fair Dhollerah 9½, middl. fair Dhollerah 8, middling Dhollerah 7, Bengal 6½.

Leipzig, 9. Juni. (Productenbörse.) Weizen loco 58—60 Thlr. G., weißer — Thlr. G. Roggen loco 48 Thlr. G. Juni-Juli 48 Thlr. B., Spiritus loco 12⅔ Thlr. B. pr. Juni 12⅔ Thlr. G., Juli — Thlr. G. Rüböl loco 15 Thlr. B., pr. Juni 15 B. Herbst 13⅝ Thlr. B. Leinöl 13 Thlr. B. Mohnöl 24½ Thlr. B.

Berlin, 9. Juni. (Productenbörse.) Weizen loco 44—66 Thlr. G. Roggen loco 44½ G., Juni-Juli 44⅞ G., Juli-August 44⅞, Septbr.-Octbr. 44⅜; fester. Hafer loco 26—30; Spiritus loco 12⅞ Thlr. G. Juni-Juli 12⅜, Juli-Aug. 12⅜, September-October 14 G. 40,000 gek. Rüböl loco 14 Thlr. G. Juni-Juli 13⅞ September-October 13⅞, unverändert. Witterung: Schön.

Druck von E. G. Lauber in Dresden.

Hierzu eine Beilage.